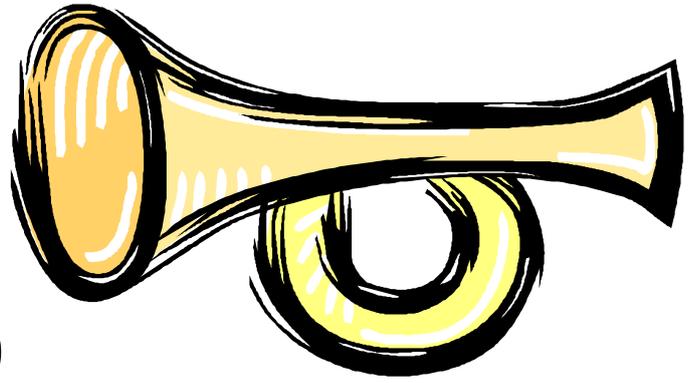


Aktuelle Post aus dem Kreistag (28)



3. Juli 2020

Liebe Freundinnen und Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Kreistag trat am 1. Juli 2020 zum letzten mal vor der Sommerpause zusammen. Die nächste Sitzung wird am 26. August stattfinden.

Die Kommunalwahl im März 2021 wirkt sich bereits aus: Die Debatten werden schärfer und die Koalition aus SPD und CDU versucht der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Ein anschauliches Beispiel, wie das funktioniert, passierte in den letzten Wochen.

Wie im Mai berichtet, erinnerte DIE LINKE. Fraktion die Koalition zum x-ten mal an ihr Versprechen, eine kreiseigene Wohnungsbaugesellschaft in Angriff zu nehmen. Dieses Mal wurde der Antrag nicht einfach weggestimmt, sondern die Koalition gab bekannt, man habe tatsächlich eine Sondierung vorgenommen. So weit so gut. Doch wie es weiter ging und wie die Koalition versucht, die Opposition auszuschalten, berichten wir in dieser aktuellen Post unter Punkt 6. Vielleicht habt ihr/haben Sie es ja auch schon in der Regionalpresse verfolgt.

Bitte beachtet/beachten Sie unsere Anfrage zu Wuchermieten in Flüchtlingsunterkünften!

Die Kreisbehörden halten sich nicht an die Satzung des Wetteraukreises und nehmen Familien völlig überzogene Mieten ab. Gleichzeitig rühmt sich der Kreisausschuss, dass die Einnahmen für Gemeinschaftsunterkünfte erfreulich gestiegen seien. Der Kreis als Miethai: unter Punkt 5.

Das sind die Themen der heutigen Ausgabe:

1. Beschlussfassung über den Schulentwicklungsplan Förderschulen.
2. Antrag DIE LINKE/Piraten: Einrichtung eines Sozialfonds für die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten und Förderung eines Internetzugangs.
3. Antrag der Koalition aus SPD und CDU: Erfahrungen der Corona-Pandemie nutzen für die Zukunft
4. Antrag NPD: Freigabe der NSU-Akten - oder der Bock als Gärtner.
5. Anfrage DIE LINKE. / Piraten zu übersteuerten Gebühren in Flüchtlingsunterkünften.
6. So schamlos setzt sich die Koalition aus SPD und CDU in Szene: WoBau als Wahlkampfthema – Das fängt ja gut an!

RÜCKLICHT

DIE LINKE. Wetterau wählte am 13. Juni 2020 einen neuen Kreisvorstand



Die Kreismitgliederversammlung bestätigte Gabi Faulhaber als Kreisvorsitzende und Anja ElFechtali als stellvertretende Vorsitzende. Erfahrene „Alte Hasen“ gehören weiter dem Gremium an aber auch zahlreiche neue und junge Mitglieder. Zunächst geht der Kreisvorstand in Klausur, bewertet die bisherige Arbeit und plant für das kommende Jahr.

Die Kreisliste für die Kommunalwahl am 14. März 2021 ist aufgestellt. 38 Kandidat*innen und Kandidaten treten für DIE LINKE. an.

In den vergangenen Jahren war DIE LINKE. die soziale Opposition im Wetterauer Kreistag. Die Fraktion bestand aus drei linken Abgeordneten und einer Piratin. Für 2021 haben sich die Mitglieder des Kreisverbandes vorgenommen, wieder für eine möglichst starke Fraktion im Kreistag zu kämpfen. Neben den sozialen Themen werden Umwelt- und Klimafragen eine größere Rolle spielen.

Hier die Spitzenkandidat*innen: Gabi Faulhaber (67), Malin Potengowski (18), Anja ElFechtali (46) und Jens Alexander Klietz (50).



Beschlussfassung über den Schulentwicklungsplan Förderschulen

Zunächst ein knapper Überblick:

Der Schulentwicklungsplan für die Förderschulen der Wetterau schreibt einige Entwicklungen fest, die in der „Modellregion inklusive Bildung“ begonnen wurden. Die Wetterau war fünf Jahre Modellregion, bis das Hessische Schulgesetz 2018 Grundlagen für die Beschulung von Kindern in der Inklusion neu festlegte.

Besonders der hiesige Schulrat für die Förderschulen propagierte damals ein Konzept der „Virtuellen Schulen“. So wurden die Förderschulen in Bad Vilbel und Nidda zu solchen Schulen ohne Schüler*innen aber mit Lehrer*innen. Die Lehrer*innen blieben an der virtuellen Schule angebunden, leisteten ihren Dienst aber als regionales Beratungs- und Förderzentrum (rBFZ). Sie hatten die Aufgabe, Regelschulen zu unterstützen und zu beraten, wie mit Inklusionskindern gelernt werden kann.

Das hessische Schulgesetz kennt jedoch keine Schulen ohne Schüler*innen. So werden jetzt im Schulentwicklungsplan die beiden Förderschulen in Bad Vilbel und Nidda geschlossen. Erhalten bleiben die Förderschulen in Friedberg, Ortenberg und Butzbach.

Die Erich Kästner Schule in Ortenberg beschult Kinder mit Förderbedarf „Lernen“ und „emotionale und soziale Entwicklung“. Die Friedberger Helmut-von-Bracken-Schule soll nun zum Förderschwerpunkt „Lernen“ noch um den Schwerpunkt „emotionale und soziale Entwicklung“ erweitert werden.

Während der letzten Jahre wurden einige bewährte Einrichtungen, wie die Kleinklassen für Erziehungshilfe, geschleift und durch so genannte „Korridorklassen“ ersetzt. Während Kinder mit Verhaltensproblemen in den Kleinklassen zwei Jahre intensiv betreut werden konnten, sollten sie in den Korridorklassen lediglich sechs Monate verbleiben und dann zurück in Ihre Lerngruppen kommen. DIE LINKE hat diese unrealistische Idee bei ihrer Einführung bereits stark kritisiert. Die Entwicklung gibt uns recht: Inzwischen verbleiben viele Kinder wieder länger in den Korridorklassen. Man kann bei sozial oder emotional problematischen Kindern schließlich nicht in kurzer Zeit die Schrauben festziehen oder durch Verkürzung der Zeiten Geld sparen.

Durch die Festlegung im Hessischen Schulgesetz, dass es „Inklusive Schulbündnisse“ geben soll, wurde von einem Inklusionsverständnis Abstand genommen, das flächendeckend, verbindlich und wohnortnah an allen Schulen stattfindet. Inklusive Schulbündnisse bestimmen Schwerpunktschulen. Dorthin müssen die Kinder mit Förderbedarf fahren und dort arbeiten auch die ausgebildeten Sonderpädagogen und das rBFZ.

Wir Linke sehen Inklusion anders. Für uns sind Schwerpunktschulen und lange Fahrzeiten keine ausreichenden inklusiven Maßnahmen.

Die Gabiel-Biehl-Schule in Butzbach durfte in den vergangenen Jahren keine Kinder mehr aufnehmen. Jetzt sieht der Schulentwicklungsplan wieder Neuaufnahmen vor. Auch die anderen Förderschulen verringerten ihre Schüler*innen-Zahlen und wurden angehalten, keine Kinder aufzunehmen. In der Folge wuchsen die Schulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ in Friedberg und Hirzenhain, denn dort erhielten Kinder mit Beeinträchtigungen mehr Förderstunden als im inklusiven Unterricht der Regelschulen.

Eine solche Verschiebung der Schüler*innen ist aus unserer Sicht keinesfalls im Sinne einer inklusiven Förderung!

Und dass der inklusive Unterricht an Regelschulen nicht ausreichend gewährleistet wird, zeigt sich auch darin, dass Eltern ihre Kinder wieder an einer Förderschule anmelden wollen. In Hessen wurden wichtige Investitionen nicht oder viel zu spät getätigt, die für die Inklusion wichtig gewesen wären: Weiterbildung der Lehrkräfte an den Regelschulen, mehr sonderpädagogische Fachkräfte, Aufbau der Schulsozialarbeit und Einstellung therapeutischer Fachkräfte. Auch die Lehrerbildung wurde nicht entsprechend reformiert. Ohne ausreichende Hilfestellung ist die Gefahr hoch, dass die gute Idee der Inklusion an die Wand fährt oder als Aufbewahrungsprogramm ohne Förderung endet.

Leider ist es in einer Kreistagssitzung nicht möglich, tiefgründig auf diese Entwicklungen einzugehen. Zu diesem wichtigen Tagesordnungspunkt war die Redezeit auf eine Minute beschränkt.

Das war unsere Rede:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
wir werden der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans Förderschulen nicht zustimmen.
Wir denken nicht, dass die so genannte Modellregion inklusive Bildung für die Fortentwicklung der Inklusion im Wetteraukreis erfolgreich war. Wir sehen auch nicht, dass diese Modell-Zeit sorgfältig evaluiert worden wäre – schon gar nicht mit nachvollziehbaren und wissenschaftlich fundierten Kriterien.
Wir denken nicht, dass diese Fortschreibung den Anspruch erfüllt, der in Ihrer eigenen Beschlussempfehlung formuliert ist, nämlich, die Verpflichtung für die weitere Unterstützung der Inklusion an Wetterauer Schulen wahrzunehmen.
Inklusion muss unserer Auffassung nach flächendeckend und verbindlich in allen Schulen gewährleistet sein.
Dass die bestehenden Förderschulen nun wieder Schülerinnen und Schüler aufnehmen zeigt, dass Eltern die völlig unzureichenden Inklusionsmaßnahmen in den Regelschulen auch nicht als ausreichend betrachten.
Wir sehen die Defizite insbesondere für Schüler*innen mit emotionalem Förderbedarf, der sehr dürftig gewährleistet wird.
Dieser Schulentwicklungsplan entspricht den Erwartungen nach einer Verbesserung der Inklusion in der Wetterau nicht.*

Antrag DIE LINKE/Piraten: Einrichtung eines Sozialfonds für die Ausstattung der Schulen mit digitalen Endgeräten und Förderung eines Internetzugangs

Die folgenden Punkte haben wir beantragt:

1. Der Kreisausschuss wird beauftragt dafür zu sorgen, dass der Wetteraukreis als Schulträger schnell und unbürokratisch ermöglicht, dass in seinen Schulen digitale Geräte

- (Computer/Laptops/Drucker) zur Verfügung stehen, die an bedürftige Schüler*innen ausgeliehen werden können. Darüber hinaus sollen Fördermittel für einen häuslichen Internetzugang bereitgestellt werden, um die Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren.*
- 2. Der Kreisausschuss wird beauftragt, einen „Sozialfonds-Coronahilfe“ in Höhe von 150 000 Euro aufzulegen und damit die Bundes- und Landeszuweisungen aufzustoeken.*
 - 3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, eine Richtlinie für die Ausschüttung der Mittel des Sozialfonds zu erarbeiten.*

Die Begründung ist im vollständigen Antrag auf der Homepage der Linken zu lesen:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/antr%C3%A4ge/1156-einrichtung-eines-sozialfonds-digitale-endger%C3%A4te-und-internet-f%C3%BCr-kinder-einkommensschwacher-familien.html>

In unserer Rede stellten wir dar, dass die Bundes- und Landesmittel für bedürftige Familien noch immer nicht bei den Betroffenen angekommen sind. Der Kreis ist Schulträger.

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
seitens des Kultusministeriums wird nun die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts für nach den Sommerferien angekündigt.
Leider wird weder gesagt, welche Hygienekonzepte es geben soll, wie mit Coronafällen in Schulen umgegangen werden soll. Es ist unklar, ob es für die Schulen Tests geben wir und wie die Schüler*innen und Lehrer*innen zu Masken kommen sollen.
Und auch zu unserem heutigen Thema - digitale Geräte für Schulen bzw. für Schülerinnen und Schüler – gibt es noch immer keine Vorstellungen aus Wiesbaden. Wie die immerhin rund 42 Millionen Euro, die in Hessen dafür mobil gemacht wurden eingesetzt werden, ist immer noch nicht geklärt.
Unsere Fraktion hatte am 8. Mai 2020 eine Anfrage an den Kreis gerichtet, die am 29. Mai von Herrn Weckler beantwortet wurde.
Darin erklärt der Schuldezernent, dass das KuMi noch an der Umsetzung arbeite und deshalb kein Schlüssel für die Verteilung der Mittel bekannt sei.
Jetzt ist der Juni zu Ende.
Meine Damen und Herren,
es ist absehbar, dass auch nach den Sommerferien digitaler Unterricht Teil der Beschulung bleiben wird. Und wie Sie wissen, ist dieser Unterricht nicht freiwillig, sondern verpflichtend!
Der Paritätische, die Diakonie weitere Verbände haben darauf aufmerksam gemacht, dass besonders Kinder aus einkommensschwachen Familien beim digitalen Hausunterricht abgehängt sind.
Viele verfügen über keine funktionstüchtige IT-Ausstattung. Auch ist der Zugang zum Internet oft nicht gewährleistet, weil das natürlich Geld kostet.
Die Schulen haben keine Ausleihgeräte und es gibt keine Möglichkeiten, irgendwo Geräte umsonst zu nutzen.
Die Jobcenter müssten eigentlich auf Antrag Geld zur schulischen IT-Ausstattung gewähren, tun das aber nicht – trotzdem es schon einige Gerichtsurteile dazu gibt.*

Insgesamt eine unhaltbare Situation, wie wir finden!

Jetzt ist die Frage: Können wir es uns leisten, einen großen Teil der Kinder schulisch abzuhängen oder müssen wir hier nicht aktiv werden?

Wir sagen: natürlich kann es nicht sein, dass Kinder abgehängt werden, die durch ihre soziale Situation sowieso schon genug benachteiligt sind!

Ein Sozialfonds des Wetteraukreises passt hervorragend in Ihren Antrag, meine Damen und Herren von der Koalition: „Erfahrungen aus der Corona-Pandemie nutzen und sich für die Zukunft wappnen.“ Dieser steht als nächstes auf der Tagesordnung.

Dort sind wichtige Themen angesprochen. Aber die Ausstattung der Schulen mit digitaler Technik fehlt.

Der Kreis ist Schulträger und dafür zuständig.

Und der Kreis sollte auch seiner sozialen Verantwortung in diesem Punkt nachkommen!

Der Antrag wurde sehr schräg diskutiert. Der Schuldezernent, Landrat Weckler, sah ihn als überflüssig an. Der Wetteraukreis sei bei der Digitalisierung vorne. Auf die besondere Situation sozial benachteiligter Kinder ging er nicht ein. Auch nicht, als nochmal darauf hingewiesen wurde, dass es nicht um die grundsätzliche Ausstattung der Schulen gehe, sondern um einen Sozialfonds. Armut kommt in der Gedankenwelt Wecklers irgendwie nicht vor.

Die AfD sprach gegen den Antrag. Die Begründung: Es gebe für arme Kinder einen Kinderzuschlag von 300 Euro. Und davon könne man sich einen Laptop leisten.

Was mit einem Internetzugang ist, blieb unerklärt.

Wir machten darauf aufmerksam, dass nicht alle bedürftigen Familien diesen Zuschuss bekommen. Ausgenommen sind nämlich ausländische Familien ohne endgültigen Aufenthalt. Und auch Arbeiter*innen aus dem EU-Ausland erhalten diese Förderung nicht unbedingt.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Der Schuldezernent wartet auf die Entscheidung des Landes Hessen, wie die angekündigten Mittel für bedürftige Schüler*innen aufgeteilt werden sollen.

Antrag der Koalition aus SPD und CDU: Erfahrungen der Corona-Pandemie nutzen für die Zukunft

Die Koalition will aus den Fehlern der Pandemie lernen. In Zukunft sollen folgende Punkte geklärt werden:

Müssen Depots mit medizinischem Verbrauchsmaterial angelegt werden? Müssen die Hygienemöglichkeiten an Schulen und Liegenschaften des Kreises verbessert werden und wie? Welche Maßnahmen müssen getroffen werden, dass im Pandemiefall die Verwaltung aufrecht erhalten werden kann? Wie soll der Mitarbeiterschutz gewährleistet werden? Mit welchen Auswirkungen ist zu rechnen für den Kreishaushalt und die Planung des Haushalts?

Die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten stimmten dieser Prüfung zu.

Auf Antrag der Grünen wurden noch die Prüfpunkte aufgenommen: Welche Raum- und Immobilienplanung braucht der Kreis? Muss notfall- und intensivmedizinische Ausstattung vorgehalten werden?

Antrag der NPD: Freigabe der NSU-Akten

Die Faschisten beantragten, dass der Wetteraukreis die Herausgabe der NSU-Akten bei der Hessischen Landesregierung einfordert. Die liegen dort für 120 Jahre als Geheimakten unter Verschluss.

Sie wollen damit die Verstrickung des Staates ins kriminelle Milieu nachweisen.

So macht sich der Bock zum Gärtner.

Das haben wir dazu gesagt:

*Herr Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,
das ist ein Antrag nach dem Motto: "Haltet den Dieb!"*

Es wird immer dringlicher: Dem rechten Treiben muss Einhalt geboten werden.

Nicht zuletzt der aktuelle Skandal zeigt das auf: Die rechte Struktur im Kommando Spezialkräfte, KSK. Nicht nur, dass dort rechter Corpsgeist herrscht. Von dort haben offensichtlich auch rechte militante Gruppen ihre Waffen. 40.000 Schuss Munition und 60 kg Sprengstoff sind verschwunden.

Im Jahr 2019 wurden bundesweit insgesamt 22.337 rechte Delikte im Kriminalpolizeilichen Meldedienst für Politisch Motivierte Kriminalität gemeldet, davon fast 1000 versuchte und vollzogene Gewalttaten wie Körperverletzung und Tötungsdelikte.

Die meisten dieser Straftaten haben einen rassistischen Hintergrund. Entstanden infolge von Hetze und Ausländerfeindlichkeit. Ich erinnere an Hanau.

Und genau damit beschäftigen sich auch so gut wie alle Anfragen und Anträge der NPD hier im Kreistag.

Und jetzt kommen diese rechten Hetzer und wollen so tun, als sei „der Staat“ die kriminelle Vereinigung.

Meine Fraktion im Hessischen Landtag hat den NSU-Ausschuss durchgeboxt. Wir haben die Rolle des Verfassungsschutzes problematisiert und das ist auch dringend nötig.

Aber die NPD spielt Spielchen!

Lassen Sie die Spielchen! Wir sind hier kein Kindergarten für faschistoide Sandkastenspiele!

Anfrage DIE LINKE/Piraten: Überteuerte Gebühren in Flüchtlingsunterkünften

Der Wetteraukreis betätigt sich als Miethai! Mehrere Fälle wurden uns bekannt, in denen völlig überteuerte Gebühren für das Wohnen in Gemeinschaftsunterkünften verlangt werden.

So bezahlte eine Familie mit drei Kindern mehr als 1400 Euro für zwei kleine Zimmer. Der Quadratmeterpreis liegt dann über 25 Euro!

Wie kann das passieren?

Im vergangenen Jahr hat der Wetteraukreis eine Gebührenordnung für Gemeinschaftsunterkünfte beschlossen. Darin heißt es:

§ 3

Höhe der Unterbringungsgebühren

- (1) Für die Höhe der Unterbringungsgebühren ist § 10 Abs. 2 bis 4 KAG maßgebend, wobei die Gebühren die tatsächlichen mit der Unterbringung verbundenen Kosten nicht überschreiten dürfen (§ 4 Abs. 3 Satz 2 LAufnG). Die Unterbringungsgebühren gelten einheitlich für das gesamte Satzungsgebiet, unabhängig vom Ort der Unterbringung.
- (2) Jede volljährige alleinstehende Person die in Haushaltsgemeinschaft lebt und über eigenes Einkommen und Vermögen verfügt, hat die festgesetzte Gebühr zu entrichten.
- (3) Die Unterbringungsgebühren betragen im Satzungsgebiet pro Person im Monat bei einer Unterkunft nach § 1 Abs. 1 287,58 Euro.

Im Falle der Familie arbeitet der Vater. Er ist zwar nicht alleinstehend, aber volljährig und hat ein eigenes Einkommen. Also müsste er wohl die 287,58 Euro bezahlen.

Warum die 287,58 Euro auch für die Frau und die minderjährigen Kinder verlangt werden, versuchen wir derzeit in einer Anfrage zu klären. Die Sozialdezernentin hat innerhalb von drei Wochen keine Antwort gegeben. Auf Nachfrage hat sie um Fristverlängerung für die Beantwortung der Fragen gebeten.

Hier ist die Anfrage im Wortlaut zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/anfragen/1154-bet%C3%A4tigt-sich-der-wetteraukreis-als-miethai.html>

So schamlos setzt sich die Koalition aus SPD und CDU in Szene:

WoBau als Wahlkampfthema – das fängt ja gut an!

Die Kommunalwahlen werfen ihre Schatten voraus. Wir haben in der letzten „Aktuellen Post aus dem Kreistag“ berichtet, dass die Koalition die Einrichtung einer kreiseigenen Wohnungsbau-gesellschaft extern prüfen ließ. Bis dahin wurde aber noch in keinem Ausschuss, in keiner Sitzung darüber berichtet.

Im Haupt- und Finanzausschuss stellte die Koalition nun einen Antrag, dass ein Konzept erarbeitet werden soll. Im Antrag ist von einer GmbH die Rede. Und dieser Antrag sollte nicht in den Kreistag eingebracht werden, sondern gleich in den Ausschuss für Regionalentwicklung, Umwelt und Wirtschaft. Man hatte es sehr eilig.

Bis dato kannte niemand von den Oppositionsparteien das Ergebnis der Prüfung. Die Informationen lagen nur der Koalition vor. Selbst wenn man die Unterlagen sofort ausgeteilt hätte, wären nur wenige Tage verblieben, um alles zu lesen und in den Fraktionen zu besprechen. Dagegen haben wir uns gemeinsam mit den Grünen gewehrt und haben auf ordentliche Einbringung zum Kreistag am 1. Juli bestanden. Ansonsten wäre am 1. Juli schon abgestimmt worden. Unter anderem über die Geschäftsform GmbH, mit der wir gar nicht einverstanden sind.

„Erst wird dauernd eine WoBau gefordert und wenn wir dann schnell sind, blockiert ihr das“, waren die Worte eines SPD-Abgeordneten. So sehen sie Demokratie: Für was braucht die Opposition die gleichen Informationen, wie die Koalition?

In der regionalen Presse wurde dann folgende Presseerklärung abgegeben:

<https://www.wetterauer-zeitung.de/wetterau/friedberg-ort28695/koalition-gruene-linke-bremsen-wobau-gruendung-13811473.html>

Wir haben zum ersten Mal 2012 eine kreiseigene WoBau beantragt. 2015 wurde uns eine Prüfung zugesagt, wie das Projekt realisiert werden kann. Warum muss es denn jetzt so schnell gehen? Das Geheimnis heißt: Kommunalwahl 2021! Man will mit dem Wohnungsbau punkten.

Hier sind die Pressemeldungen von Linken und Grünen:

<https://www.wetterauer-zeitung.de/wetterau/friedberg-ort28695/kreis-wobau-opposition-schiesst-zurueck-13815607.html>

Unsere vollständige Presseerklärung ist hier zu finden:

<https://www.die-linke-wetterau.de/content/presse/1162-wobau-als-wahlkampfthema-%E2%80%93-das-f%C3%A4ngt-ja-gut-an.html>



Zuletzt noch eine Bitte: Empfehlen Sie / empfiehlt die „aktuelle Post“ weiter!

Wenn interessierte Menschen die „aktuelle Post“ lesen möchten, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden. Auf der homepage „DIE LINKE Wetterau“ <https://www.die-linke-wetterau.de/content/kreistag/post-aus-dem-kreistag.html> ist die „aktuelle Post“ ebenfalls zu finden.

Viele Grüße von Peter Zeichner, Anja ElFechtali und Gabi Faulhaber